

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Eine Enquête für die neue Sozialpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1964) : Eine Enquête für die neue Sozialpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 6, pp. 223-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133396>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine Enquête für die neue Sozialpolitik

Mit der Überreichung der Beglaubigungsurkunden durch den Bundeskanzler an eine Gutachterkommission ist der Startschuß für die Sozialenquete gefallen. Sieben Wissenschaftler werden — so lautet der Auftrag der Regierung — in ein bis eineinhalb Jahren (!) eine Bestandsaufnahme unseres „Systems“ der sozialen Sicherheit vorlegen. Im einzelnen soll die Enquete durchleuchten: Familienlastenausgleich, die gesetzliche Rentenversicherung, die Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Arbeitslosenhilfe, die Kriegsoferversorgung sowie die Häftlings- und Gefangenenentschädigung, ferner die Leistungen zur beruflichen Aus- und Fortbildung, den Lastenausgleich, die Sozialhilfe, den sozialen Wohnungsbau sowie die soziale Sicherung der Selbständigen.

Dieser bisher einmalige Versuch, durch einen umfassenden Bericht Grundlagen für eine von allen Seiten erwünschte „Sozialpolitik aus einem Guß“ zu schaffen, kann zu einer der bedeutsamsten innenpolitischen Aktionen führen. Merkwürdig erscheint es allerdings, daß es ausgerechnet Arbeitsminister Blank war, der schließlich auf eine rasche Erstellung der Enquete drängte. Immerhin hatte er sich in den Vorbesprechungen anfänglich dem Plan einer Sozialenquete widersetzt und darauf hingewiesen, daß in den Akten seines Hauses praktisch eine solche Enquete bereits vorhanden sei. Die plötzliche Eile und der Eifer Minister Blanks könnten kritische Geister daher auf den Gedanken bringen, als verspreche er sich möglicherweise von den Ergebnissen der Untersuchung lediglich eine Bestätigung seiner bisherigen Politik.

Auch die ausdrückliche Betonung Bundeskanzler Erhards, die Gutachterkommission solle bei ihrer Arbeit bedenken, welche Maßnahmen politisch durchsetzbar seien, stimmt bedenklich. Wie soll man Erhards Mahnung deuten? Meint er, daß die Wissenschaftler nicht im luftleeren Raum diskutieren sollen? Oder will er die Alternativen auf ein von der Bundesregierung proklamiertes politisches Programm beschränken, wo es doch darum gehen sollte, einen neuen politischen Ansatz erst zu finden? Darüber, daß die Integrität der Gutachter jenseits aller Diskussionen steht, braucht kein Wort verloren zu werden, und es wäre gut, wenn die „sieben Weisen“ nicht unnötig in einen Konflikt zwischen ihren Auftraggebern und ihrer Einsicht in die sachliche Notwendigkeit getrieben würden. Es gilt, den teils stark von Interessen geprägten Rahmen politischer Entscheidungen zu sprengen.

Wünschenswert wäre es, die Ergebnisse der Untersuchung zur Grundlage einer langfristigen, von kurzlebigen parteitaktischen Erwägungen freien Sozial-Strategie machen zu können. Auf diese Weise könnte ein neues System der sozialen Sicherung geschaffen werden, das frei ist von überlebten sozialpolitischen Traditionalismen und unkoordinierte ad-hoc-Entscheidungen überflüssig macht. Ein Bekenntnis zu den neuen ökonomischen und sozialen Tatbeständen und Notwendigkeiten könnte der Sozialpolitik einen Zuschnitt geben, der sie in die Lage versetzt, die Ziele einer freiheitlichen Gesellschaft garantieren zu helfen. (sl)

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.